

UWG-Brensbach-Fraktion in der Gemeindevertretung Brensbach

An die Vorsitzende der  
Gemeindevertretung Brensbach  
Andrea Urban  
Ezyer Str. 5  
64395 Brensbach

Fraktionsvorsitzender  
Thomas Deininger  
Im Frohngrund 7  
64395 Brensbach  
06161/877568  
[thomas@deininger-odw.de](mailto:thomas@deininger-odw.de)

Stellv. Fraktionsvorsitzender  
Hans Dümmler  
Erbacher Str. 24  
64395 Brensbach  
06161/8238  
[hakasama@t-online.de](mailto:hakasama@t-online.de)

Brensbach, den 03.07.2023

## **Antrag 2304: Anpassung der Stellplatzsatzung von 1994**

Guten Tag, sehr geehrte Frau Vorsitzende Andrea Urban,

gemäß § 11 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung der Gemeinde Brensbach stellt die UWG-Brensbach-Fraktion folgenden Antrag und bittet Sie, diesen bei der Festlegung der Tagesordnung für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung zu berücksichtigen:

### **Beschlussvorlage:**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brensbach beauftragt den Gemeindevorstand folgende Punkte zu prüfen und bei Validierung eine entsprechende Satzungsänderung der Stellplatzsatzung von 1994 zu formulieren und zur Entscheidung vorzulegen.

Herr Kuffer beschreibt in seinem Dokument: Antwort auf Fragenkatalog des Bauausschusses zum Thema "Wohnbaustrategie" (Stand 15.03.2023)

*"Ein Hindernis für Investitionsvorhaben des Geschosswohnungsbaus sind oftmals Stellplatzsatzungen: in Brensbach sind laut Satzung von 1994 auch bei Mehrfamilienhäusern 2 Stellplätze pro Wohneinheit vorgesehen.*

*Das führt schnell zu Platz- und Kostenproblemen für Investoren. Gerade bei kleineren Wohnungen oder Lagen mit ausreichender Infrastruktur geht man heute nicht mehr von einem solch hohen Stellplatzbedarf aus."*

- a) Trifft diese Situation auf Bauvorhaben "Am Kirchberg" zu?
- b) Steckt hier Potenzial, um Brensbach vorausschauend und nachhaltig in Sachen "Wohnungsbau in Zeiten von Energie- und Mobilitätswende" zu positionieren?
- c) Welche Vor- und Nachteile stecken in einer Änderung: Mehrfamilienhäuser und sonstige Gebäude mit Wohnungen: 1 Stellplatz je Wohnung.

### **Begründung:**

Mobilität und Individualverkehr werden sich verändern. "2017 verfügt in Hessen trotz der steigenden Haushaltszahl mehr als jeder vierte Haushalt über zwei oder mehr Autos. ... In den am ländlichsten geprägten Regionen Hessens zählt dagegen zumindest ein Auto im Haushalt weiterhin zur Grundversorgung. Dort verfügen mehr als 90 % der Haushalte über mindestens einen Pkw. Rund 40 % können sogar auf zwei oder mehr Autos zugreifen

Quelle: Mobilität in Deutschland - Kurzreport Hessen (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur)  
([https://wirtschaft.hessen.de/sites/wirtschaft.hessen.de/files/2021-11/infas\\_mid2017\\_kurzreport\\_hessen.pdf](https://wirtschaft.hessen.de/sites/wirtschaft.hessen.de/files/2021-11/infas_mid2017_kurzreport_hessen.pdf))

Mit der zukunftsorientierten Wohnbaustrategie die Innerortsverdichtung, Reaktivierung von Leerständen und neue Wohnbaugebiete gleichermaßen im Blick hat, brauchen wir die Diskussion, wie Stellplätze reduziert werden und öffentliche Car-Sharingprojekte und Parkmöglichkeiten forciert werden.

Mit dem Antrag wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass sich unsere Gemeinde rechtzeitig, fundiert und ohne Druck eine Stellplatzverordnung gibt, die Investitionen und Mobilität fördert.

Wir bitten darum, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen und Landwirtschaft zu überweisen.

Viele Grüße



Thomas Deininger  
Fraktionsvorsitzender der UWG Brensbach